



Dietrich W. Thielenhaus

Für die SHK-Report-Leser nimmt der Autor, im Hauptberuf geschäftsführender Gesellschafter der seit 1986 in der SHK-Branche erfolgreichen Marketing-Agentur Thielenhaus & Partner (Wuppertal), in seiner regelmäßigen Kolumne „KLARTEXT“ aktuelle Themen, Probleme und Herausforderungen auf's Korn.

320.000 neue Wohnungen in 2017

Der ifo-Geschäftsklimaindikator für das Bauhauptgewerbe ist im Juli auf den höchsten Wert seit der Wiedervereinigung gestiegen. Die Auftragsreichweite lag bei durchschnittlich 3,3 Monaten. Der durch die starke Nachfrage gewachsene Spielraum für die Preisgestaltung wird vielerorts verstärkt genutzt. Im Mai ist der Umsatz im Hochbau um satte 13,3 % nahezu explodiert. Der Zuwachs in den ersten fünf Monaten belief sich – gegenüber dem Vorjahreszeitraum – auf 6,5 %. Der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie (HDB) hat die Wachstumsprognose für den Wohnungsbau im laufenden Geschäftsjahr auf 7,5 % angehoben. Der HDB rechnet mit einem Anstieg der Fertigstellungen in 2017 auf 320.000 Neubauwohnungen und auf 350.000 Einheiten in 2018. Im öffentlichen Bau erwartet der Verband für 2017 ein Umsatzplus von 6 %, für 2018 von 4 %. Der Wirtschaftsbau werde in diesem Jahr den Anschluss an den allgemeinen Bauaufschwung schaffen. Übrigens: Die Baumärkte haben im ersten Halbjahr 2017 ihren Gesamtbruttoumsatz flächenbereinigt um „nur“ 1,4 % auf 9,59 Mrd. Euro steigern können. Im Ranking der umsatzstärksten Sortimente lagen Sanitär- und Heizungswaren mit 842,5 Mio. Euro auf Platz 2 der Umsatzliste.

Bürokratie beim Bürokratie-Abbau

Im Jahr 2006 hatte die Bundesregierung (wieder einmal) eine Offensive zum Abbau der Bürokratie angekündigt. Vor allem die Wirtschaft sollte im Hinblick auf die Verpflichtung, Daten und sonstige Informationen für Behörden und Dritte zu beschaffen, entlastet werden. Ziel war, den jährlichen Kostenaufwand für die Unternehmen um mindestens ein Viertel zu senken. Eine FAZ-Recherche hat jetzt ergeben: Die aktuellen Bürokratiekosten der Wirtschaft aus bundesrechtlichen Informationspflichten betragen derzeit über 45 Mrd. Euro und liegen damit – wertbereinigt – ziemlich genau auf dem Level von 2012.

Fahrverbot am Horizont?

Fahrverbote für Dieselfahrzeuge in deutschen Städten könnten insbesondere für das Handwerk existenzbedrohend sein. Denn: Die Betriebe sind auf die Nutzung ihrer Fahrzeuge zur Anlieferung an die Baustelle angewiesen. Wegen der Betriebskostenvorteile setzen die meisten Firmen Transporter mit Dieselantrieb ein. Über 70 % der in Deutschland zugelassenen 15 Mio. Dieselfahrzeuge sind in den Emissionsklassen 3, 4 und 5 unterwegs. Abzuwarten bleibt, ob sich der Stickoxid-Ausstoß durch Software-Updates wirklich um die angepeilten 25 bis 30 % senken lässt. Außerdem sollen selbst zahlreiche „moderne“ Dieselmotoren der Euro-Norm 6 die Grenzwerte zum Teil deutlich überschreiten. Die kurzfristige Erneuerung des kompletten Fuhrparks würde die Investitionskraft der meisten Betriebe auch dann überfordern, wenn sie die „Abwrackprämien“ für Altfahrzeuge in Anspruch nähmen. Sollte sich die Lage durch Fahrverbote zuspitzen, wären steuerliche Erleichterungen unumgänglich.

„Gut und gerne“

Wie im Schlafwagen dämmert Deutschland der Bundestagswahl am 24. September entgegen. Das Wahlvolk scheint in eigentümlicher Weise auf Distanz zu seinen zunehmend ratlosen Politikern gegangen zu sein. Im August sorgte

die urlaubende Bundeskanzlerin allenfalls durch Garderobenfragen in Bayreuth oder bei der Bergwanderung für medialen Gesprächsstoff. Der Herausforderer, der die blanke Angst vor einem Abstimmungsdesaster wie ein schlechtes Parfüm zu verströmen scheint, sucht ebenso hektisch wie erfolglos nach zündenden Mobilisierungsthemen. Die vier kleinen Parteien, die Prognosen zufolge allesamt im Plus-Minus-Korridor von 8 % herumwuseln, bemühen sich mit mehr oder weniger originellen Geistesblitzen um verstärkte Wahrnehmung in der Öffentlichkeit. Der Plakat-Wahlkampf offenbart erschreckende Defizite an Eigenständigkeit und Kreativität. Beliebigkeit und Austauschbarkeit scheinen das Maß der Dinge zu sein. Der von teuren Werbeagenturen entwickelte „Tiefgang“ verschlägt selbst dem leidgeprüften Betrachter mitunter die Sprache. Da wirbt die CDU für „Mehr Respekt vor Familien“, „Für Sicherheit und Ordnung“ und „Für ein Deutschland, in dem wir gut und gern leben“. Die SPD verspricht ritualisierend mehr Bildung, höhere Renten, gerechte Löhne und eine bessere Familienpolitik. Die Grünen stellen in einer intellektuellen Großtat fest: „Zwischen Umwelt und Wirtschaft gehört kein Oder.“ Die Linke plädiert – wer hätte das gedacht – für „Frieden“, „Respekt“, „Nähe“ und die höhere Besteuerung von Millionären. Die FDP fokussiert sich auf an Boss-Werbung erinnernde Abbildungen ihres Vorsitzenden. Und die AfD plakatiert ihre offenbar nicht mehr durchgängig geschätzte Parteivorsitzende im Stil eines Mutterschaftsurlaubs. Kein Wunder also, dass das Wahlvolk auf einen neuen Minus-Rekord bei Desinteresse und Demobilisierung entschlafen zu sein scheint. All das lädt zur satirischen Betrachtung ein, obwohl die damit verbundene Politikverweigerung auf Sicht die Basis des demokratischen Systems infrage stellt. Diejenigen, die überhaupt noch wählen gehen, lassen sich meist vom Prinzip des kleineren Übels leiten. Nur noch selten wird der Weg zur Urne von politischer Überzeugung bestimmt. Übrigens: Am Tag der Entstehung dieser Kolumne wird gemeldet, dass ein (vermutlich anderer) Martin Schulz die Wahl zum „Deutschen Grillmeister“ gewonnen hat. Immerhin etwas.

Wundersame Geldvermehrung

Das Portal „Witzastisch“ erläutert mit folgender Parabel die Funktionsweise der Euro-rettung: „Kommt ein deutscher Tourist in ein griechisches Hotel. Er legt einen 100 Euro-Schein auf die Theke und bittet um einige Zimmerschlüssel, damit er mal nachschauen könne, ob ihm die Zimmer gefallen. Die 100 Euro seien als Sicherheit gedacht. Der Hotelier gibt ihm alle Schlüssel, da er keinen einzigen Gast hat. Als der Deutsche verschwindet und sich die Zimmer anschaut, rennt der Wirt zum Metzger, gibt ihm das Geld und sagt, dass damit seine offenen Rechnungen ja wohl bezahlt seien. Danach rennt er schnellstmöglich zurück in sein Hotel. Der Metzger läuft zum Bauern, gibt dem die 100 Euro und sagt: „Für das Schwein letzte Woche, das noch zu bezahlen ist.“ Der Bauer geht zur einzigen Prostituierten des Dorfes und gibt ihr das Geld, weil er noch seine beiden letzten Besuche bei ihr bezahlen muss. Die Prostituierte rennt zum Hotel und übergibt dem Hotelier die 100 Euro, die sie ihm noch für 2 Zimmernmieten (mit Kunden) schuldet. In dem Moment kommt der Deutsche die Treppe herunter und sagt, dass ihm keins der Zimmer gefallen hat. Er gibt dem Hotelier die Zimmerschlüssel, nimmt seine 100 Euro und verlässt das Hotel. Erstaunliches Fazit: Alle Schulden sind bezahlt und keiner hat Geld“.